



Wahlprüfsteine zur Zukunft des Wanderns



Deutscher Wanderverband

Was werden die derzeit im Bundestag vertretenen Parteien im Fall ihrer Wiederwahl im September tun, um den Deutschen Wanderverband (DWV) und seine Mitglieder zu unterstützen? Um eine Antwort auf diese Frage zu bekommen, hat der DWV die Parteien danach gefragt, wie sie mit fünf zentralen Forderungen des Verbandes künftig umgehen wollen. Fünf DWV-Wahlprüfsteine.*

* Die Antworten haben wir gekürzt. Den Original-Wortlaut gibt es unter www.wanderverband.de

Fundament des Freizeit- und Urlaubsmarktes „Wandern“ ist eine nachhaltig und an die wachsenden Bedürfnisse in unserer Gesellschaft angepasste, oft Ländergrenzen übergreifende Wanderinfrastruktur. Unterstützen Sie die DWV-Forderung nach einer bundesweiten Koordinierungs- und Kompetenzstelle Wandern?

CDU/CSU Wir sind uns der großen Bedeutung des Wanderns für den Tourismusstandort Deutschland und der damit verbundenen Infrastruktur bewusst. Die Tourismuswirtschaft und die touristische Infrastruktur wollen wir deshalb bei der Ausgestaltung des gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Räume berücksichtigen. Das zielt auch auf die Wanderwege ab. Die Forderung nach einer bundesweiten Koordinierungsstelle werden wir prüfen, sehen sie aber in erster Linie an die Länder gerichtet, da sie bzw. die Kommunen für die Wege zuständig sind.

SPD Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen für den Tourismus nachhaltig zu verbessern. Die Zuständigkeits-ebenen von Bund und Ländern in diesem Querschnittsbe-reich, aber auch die sehr kleinteilig organisierte Branche müssen zusammen an diesem Ziel arbeiten. Deshalb wollen wir die bisherige Funktion des Tourismusbeauftragten der Bundesregierung stärken, damit er die koordinierende Funk-tion für die Tourismuspolitik als Hauptarbeitsgebiet effizien-ter wahrnehmen kann. Das würde auch dem Wandertouris-mus zugutekommen.

AfD Ja – wir unterstützen vorbehaltlos die DWV-Forderung nach einer Koordinierungsstelle Wandern. Förderung von Volksgesundheit, Heimatverbundenheit, Naturschutz und bürgerschaftlichem Engagement ist für uns die oberste Prio-rität.

FDP Eine bundesweite Koordination wäre wünschenswert. Hierbei wäre aus unserer Sicht erst einmal die verbandsinter-ne Koordination in den Blick zu nehmen. Erst im zweiten Schritt wäre über die Vereinbarung konkreter Ziele und Lei-stungen mit dem Bundeswirtschaftsministerium eine instituti-onelle Förderung denkbar.

Die Linke Wir unterstützen diese Forderung des DWV. Inge-samt bleibt in der Tourismuspolitik zu Vieles bisher nur Stück-werk. Eine stärkere Zusammenfassung und Koordinierung regionaler Bemühungen ist notwendig. In diesem Zusam-menhang ist auch eine bundesweite Koordinierungs- und Kompetenzstelle Wandern sinnvoll.

Bündnis 90/Die Grünen Wir wollen den Nach-Corona-Touris-mus klimaschonender, ökologischer und sozial nachhaltiger gestalten. Nachhaltigen oder sanften Tourismus wollen wir gerade in ländlichen Regionen gezielt entwickeln, gerade auch durch den Ausbau touristischer Wander-, Rad- und Was-serwege. Mit einem „Jedermannsrecht“ in öffentlichen Ge-bieten, wie in Skandinavien üblich, wollen wir Natur für alle erlebbar machen. Den Aufbau einer Kompetenzstelle Wan-dern im Rahmen der nationalen Tourismusstrategie wollen wir gerne prüfen.

Wandern heißt Gesundheit, Wanderinfra-struktur, Sport, Naturschutz, Tourismus, Ehrenamt und vieles mehr. Welchem Ministeri-um ordnen Sie das vielseitige und langfristige Engagement des Deutschen Wanderverbandes federführend zu und werden Sie sich für eine in-stitutionelle Förderung einsetzen?

CDU/CSU Wanderns als sportliche Betätigung und Wander-tourismus ist wie Tourismus allgemein eine Querschnittsauf-gabe, die einer guten Koordinierung zwischen verschiedenen Ressorts und mit den Ländern und Kommunen bedarf. Der DWV kann sicher sein, dass Tourismus und Wandern von uns eine starke Stellung zugewiesen bekommen und gefördert werden. Die Ansiedlung der fachlichen Zuständigkeit für den

Tourismus im Bundesministerium für Wirtschaft und die Ar-beit eines Parlamentarischen Staatssekretärs als Tourismus-beauftragter haben sich bewährt. So konnten die unter-schiedlichen Belange des Tourismus ressortübergreifend koordiniert werden.

SPD Wir setzen uns für die Stärkung des Amtes des Touris-musbeauftragten der Bundesregierung ein, damit dieser seine Aufgaben im großen Querschnittsfeld der Tourismus-politik besser wahrnehmen kann. Ein Staatssekretärsaus-schuss soll durch regelmäßige Tagungen seine Arbeit unter-stützen. Die Zusammenarbeit mit der Branche soll durch regelmäßige Tagungen des Tourismusbeirates gewährleis-tet werden. Nur wenn alle Beteiligten an einem Strang zie-hen, können die Rahmenbedingungen für die Mitarbei-ter*innen und Unternehmer*innen im Tourismus verbessert werden. So können auch die Förderprogramme für nachhal-tige Tourismusprojekte wie im Wandertourismus zielgenau-er angelegt werden.

AfD Im Moment wird die Tourismuspolitik der Länder vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie koordiniert. Aktuell sehen wir keinen dringenden Änderungsbedarf, wol-len uns aber gleichzeitig für mehr Sichtbarkeit und größere Gestaltungsspielräume des Deutschen Wanderverbandes in diesem Gremium einsetzen.

FDP Wandern in Deutschland ist zu einer Massenbewegung geworden. Umso wesentlicher wird die Wanderinfrastruk-tur. Neben den notwendigen Schritten für eine Stärkung des Ehrenamts wäre eine institutionelle Förderung sinnvoll. Passend wären aufgrund des langjährigen und wichtigen Engagements des DWV für den Naturschutz das Umweltmi-nisterium oder über den Bereich des Tourismus das Bun-deswirtschaftsministerium. Eine institutionelle Förderung müsste an konkret vereinbarte Leistungen und Zielvorga-ben geknüpft werden.

Die Linke Eine institutionelle Förderung des Wanderns ist an-gebracht. Dies sollte über ein zu schaffendes Tourismusmi-nisterium des Bundes erfolgen. Der gesamte Tourismusbe-reich wird bisher im Wirtschaftsministerium nebenher „mitgemacht“. Das wird der Bedeutung – auch der ökonomi-schen – des Tourismus nicht gerecht. Ein solches Ministeri-um könnte auch die institutionelle Förderung des Wanderns übernehmen.



Bündnis 90/Die Grünen Wir wollen in den kommenden Jahren eine grö-ßere Bedeutung von Klima- und Na-turschutz sowie die Wahrung der Umwelt in der Gesellschaft erreichen. Für mehr Nachhaltigkeit im Sport ha-ben wir ein Konzept erarbeitet: Nachhal-tigkeit im Sport – Da geht noch was! | BAG Sportpolitik (gruene-bag-sportpolitik.de). Da-bei haben wir den großen Stellenwert des Wan-derns einfließen lassen. Wir unterstützen auch weiter eine zielgerichtete Förderung des DWV gemäß der Aufgabenverteilung der jeweiligen Regierungen.

Fußverkehr und das Wandern sind klimaneutral und sensibilisieren die Bevölkerung insbe-sondere auf naturnahen Wegen für den Natur-schutz. Was konkret wollen Sie für die Stärkung des Fußverkehrs tun bzw. besitzt Ihre Partei eine Fußverkehrsstrategie und wenn ja – wie sieht diese konkret aus?

CDU/CSU Menschen sollen so mobil sein, wie sie es möch-ten: individuell, flexibel und umweltfreundlich. Dafür braucht Deutschland ein verbessertes Miteinander von Radverkehr, Fußverkehr, ÖPNV und motorisiertem Verkehr. Kommunen sollen dazu mehr Spielräume bei der Gestaltung von fuß- und radverkehrsfreundlichen Räumen erhalten. Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen steht für uns dabei an ers-ter Stelle. Wir wollen den naturnahen Tourismus stärker aus-bauen und den Wandertourismus auf guten Wegen stärken.

SPD Wir müssen wegkommen von einer Konzentration auf den PKW als Mittelpunkt städtischer und ländlicher Verkehr-spolitik hin zu einem Verkehrsraum, der die Bedürfnisse und Ansprüche aller Verkehrsteilnehmer*innen gleichermaßen achtet. Lokale und regionale Fußverkehrsstrategien, so wie sie das Land Berlin in diesem Jahr verabschiedet hat, sind der richtige Weg zur Stärkung des Fußverkehrs. Begleitend setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Neuauf-teilung von Flächen zu Gunsten schwächerer Verkehrsteil-nehmer*innen erleichtert wird. Beispielsweise brauchen Fußgänger*innen mindestens 2,5 Meter Platz und die Ge-wissheit, dass die Gehwege nicht zugeparkt werden.

AfD Bei der Ausarbeitung einer Fußverkehrsstrategie lassen wir uns gern vom DWV beraten.

FDP Fußgänger und Fußgängerinnen sind direkt von bundes-politischen Entscheidungen betroffen, etwa bezogen auf Si-cherheit und Komfort. Die Umsetzung muss jedoch in den Kommunen erfolgen, dort sind die Bedürfnisse der Verkehr-steilnehmer*innen am besten bekannt. Wir setzen uns für eine ganzheitliche Betrachtung der Mobilität ein. Dazu ge-hört vor allem die Schaffung einer sicheren und leistungs-starken Infrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer*innen so-wie die Nutzung der Digitalisierung, um bestehende Herausforderungen wie Staus, Emissionen oder Risikostellen effektiv zu lösen.

Die Linke Wir setzen uns für einen sozial-ökologischen Wan-del ein. Dazu gehört die Organisation der Verkehrswende. Sie bedeutet nicht, den bestehenden Mobilitätsformen einfach immer neue hinzuzufügen. Die daraus resultierenden Proble-me beobachten wir jeden Tag in den Städten. Die Fußgän-ger*innen müssen sich die Wege nun auch teilen mit E-Rol-ler-Fahrern. Die Zeit der autogerechten Stadt ist vorbei. Der individualisierte Autoverkehr wird im urbanen Raum begrenzt werden müssen zugunsten anderer Mobilitätsformen, die we-niger (oder keine) gesellschaftlichen Folgekosten verursachen. Dazu gehören sichere Wege für den Fußverkehr ebenso wie eine Stärkung desselben im Straßenverkehrsrecht.

Bündnis 90/Die Grünen Wir wollen den Umweltverbund insge-samt stärken – und da dieser in der Regel mit einem Fußweg beginnt, wollen wir Fußverkehr sicherer und attraktiver machen und seinen Anteil am Verkehrsgeschehen deutlich steigern. Dazu sind u.a. die rechtlichen Spielräume für Kommunen aus-zuweiten, um Autoverkehr und seine Geschwindigkeiten zu be-grenzen und Straßenräume am menschlichen Maß orientiert, neu zu gestalten (etwa durch die Anlage von Sitzmöglichkeiten, mehr Baumbestand, besseren Querungsmöglichkeiten). In der Straßenverkehrsordnung wollen wir das Ziel der „Vision Zero“ verankern und Ordnungswidrigkeiten stärker sanktionieren. Wir wollen zusammen mit Verbänden und Expert*innen eine nationale Fußverkehrsstrategie entwickeln und gezielte Förder-programme für mehr Barrierefreiheit auflegen.

Wandern ist Breitensport, aber rechtlich noch immer nicht als organisiert Sport aner-kannt. Was wollen Sie dafür tun, dass die ehren-amtliche Arbeit der Organisationen unter dem Dach des DWV hinsichtlich Förderungen und rechtlicher Stellung mit denen für Sportorganisa-tionen gleichgestellt wird?

CDU/CSU Wandern ist eine sehr gesunde, sportliche Betäti-gung, die wir befürworten und fördern. Wir werden gerne wei-tere Verbesserungen für die Wandervereine prüfen ein-schließlich der Schaffung neuer Formate.

SPD 15 Millionen Natursportler*innen treiben regelmäßi-g Sport in der Natur. Als umweltverträgliche und ressourcen-schonende Natursportart verdient das Wandern Unterstüt-zung. Dem bürgerschaftlichen Engagement der Wandervereine sind neben der Wanderinfrastruktur auch viele Gesundheits- und Sportangebote sowie Naturschutzprojekte zu verdanken. Die SPD begrüßt dieses Engagement und setzt sich für seine Stärkung ein. Die Anerkennung des Wanderns als organisierter Sport obliegt allerdings dem autonomen Sport.

AfD Die Forderung nach rechtlicher Gleichstellung von Wan-derorganisationen mit Sportorganisationen unterstützen wir vorbehaltlos. Als Dachorganisation des Wandersports hat der DWV in der AfD einen zuverlässigen Partner, um seine Forderungen in der Politik zu Gehör zu bringen.

FDP Die Übergänge von individueller zu organisierter Bewe-gung und zum Sport sind fließend. Die Autonomie des Sports beinhaltet es, dass der Deutsche Olympische Sportbund bzw. die Landessportbünde selbst über die Aufnahme neuer Verbände beziehungsweise Vereine entscheiden.

Die Linke Hier kann eine Anerkennung als Sport die Förde-rung erleichtern. Dies ist in der kommenden Wahlperiode an-zustreben.

Bündnis 90/Die Grünen Die Sportförderung des Bundes be-zieht sich auf den Spitzensport. Ob es eine dem Breitensport ähnliche Förderung in den Bundesländern gibt, kann pau-

schal an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Insbesondere das Bundesnaturschutzgesetz ermöglicht vor Ort eine gute Zusammenarbeit zwischen Behörden und Vereinen, die mit gegenseitiger Dialogbereitschaft noch weiter ausgebaut werden kann. Zur verbesserten Engagementförderung setzen wir uns für eine weitere Angleichung von Ehrenamtspauschale zum Übungsleiterfreibetrag ein.

Die mit jährlich 2,3 Mio. Stunden ehrenamtlich geleistete Arbeit unserer Mitgliedsvereine ist von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft, sie wird durch zunehmende Bürokratisierung jedoch immer mehr eingeschränkt. Was wollen Sie tun, um das bürgerschaftliche Engagement dauerhaft zu stärken?

CDU/CSU Zur weiteren Stärkung von Vereinen und ehrenamtlicher Arbeit haben CDU und CSU sich auf Steuervergünstigungen in Höhe von jährlich 100 Millionen Euro verständigt. Kleinere Spenden und Zuwendungen bis 300 (vorher 200) Euro dürfen unbürokratisch getätigt werden. Nicht zuletzt wurde die Umsatzgrenze für gemeinnützige Vereine um 10.000 Euro auf 45.000 Euro erhöht. In der neuen Legislaturperiode werden wir neben den Aktivitäten der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt die Einrichtung von Anlaufstellen für das Ehrenamt in Kreisen und Gemeinden flankierend begleiten. Diese können die Ehrenamtlichen beraten, ihre Arbeit erleichtern und ihnen bei der Vernetzung und Qualifizierung helfen. Wir werden auch den Bundesfreiwilligendienst attraktiver machen – etwa durch die Anpassung des Taschengelds, eine breite Angebotsauswahl und eine hohe Qualität der Angebote – und einen Rechtsanspruch einführen.

SPD Wir werden das ehrenamtliche Engagement dadurch fördern, dass wir Bürokratie abbauen und Verfahren vereinfachen. Dazu wollen wir vor allem die Digitalisierung nutzen. So sollen Spendenbescheinigungen künftig aus dem Einzahlungsvorgang – möglichst ohne Zutun von Spender*in und Zuwendungsempfänger*in – erstellt werden. Weitere Vereinfachungen wollen wir beim Nachweis der Mittelverwendung und der Bescheinigung von Aufwandsspenden schaffen. Außerdem werden wir für Spenden eine einkommensunabhängige Steuerminderung einführen.

AfD Wir treten ein für den Bürokratieabbau in allen Bereichen des Staats- und Gemeinwesens. Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements sowohl auf der kommunalen Ebene als auch mit Instrumenten der direkten Demokratie auf Bundesebene gehört zu den Kernforderungen und Alleinstellungsmerkmalen der AfD.

FDP Wir wollen die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements in einer lebendigen Bürgergesellschaft stärken und diese Menschen unterstützen. Das so wertvolle ehrenamtliche Engagement im Bereich des Wanderns für den Umweltschutz, Bildungs- und Geschichtsbearbeitung möchten wir durch eine laufende Anhebung der Ehrenamtspauschale regeln, die gemäß Einkommensteuergesetz und Abgabenordnung für gemeinnütziges ehrenamtliches Engagement gewährt werden soll. Ergänzend wollen wir das Ehrenamt von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken entlasten. Hierbei bietet die Digitalisierung enorme Chancen. So wollen wir den Zugang zu neuen digitalen Lösungen für Vereine vereinfachen – etwa in den Bereichen Akquise und Verwaltung.

Die Linke Das Ehrenamt leistet einen unschätzbaren Beitrag zur Gestaltung einer lebenswerten Gesellschaft in Deutschland. Bürokratische Hürden sollen abgebaut werden durch eine Entlastung bei Nachweisen und Verwaltungsaufwand.

Bündnis 90/Die Grünen Wachsende Bürokratiebelastung hemmt die wertvolle Arbeit der Millionen Engagierten in Deutschland. Wir fordern daher ein breit aufgestelltes Entbürokratisierungsgesetz für Engagement und Ehrenamt. Der beste Beitrag zur Förderung des Engagements ist, gute Rahmenbedingungen für eine freie Zivilgesellschaft zu schaffen. Daher möchten wir auch den Aufbau neuer bürokratischer Hindernisse verhindern und darauf hinwirken, dass dies bei künftigen Gesetzesvorhaben geprüft wird. Zudem wollen wir die Förderpolitik neu denken. Die neue Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt wollen wir zu einer echten Förderstiftung ausbilden, die dezentral das Engagement vor Ort unterstützt. Und wir wollen einen Perspektivwechsel in der Förderpolitik: von kurzatmiger „Projektitis“ zu zuverlässiger Förderpolitik. Engagierten wollen wir zudem über eine bundesweit gültige Engagementkarte ausdrücklich Wertschätzung entgegenbringen und Vergünstigungen, z.B. für Kultureinrichtungen oder ÖPNV, ermöglichen.

Die Politik entscheidet über viele Themen von morgen. Unsere Zukunft hängt davon ab, wer im Bundestag entscheidet. Deswegen: Gehen Sie zur Bundestagswahl. Wählen heißt, Verantwortung zu übernehmen. Jede Stimme zählt.

